

## Gegen den Strom

### Die Spaltung der KPD und die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)

Auf den Tag genau zehn Jahre nach der Gründung der Kommunistischen Partei (KPD) wurde in Deutschland erneut eine Kommunistische Partei gegründet, nur stand sie in Opposition zu jener. Zehn Delegierte des Gründungsparteitages der KPD gehörten zehn Jahre später zur Opposition, darunter August Thalheimer, Oskar Triebel, Rosi Wolfstein, Jacob Walcher, Hans Tittel, Paul Frölich, Felix Schmid und Karl Baier. Jene deutschen Kommunisten, die am 30. Dezember 1928 auf der ersten Reichskonferenz die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) gründeten, waren seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig, deren politischer Kampf ihr Lebensinhalt war. Sie waren nicht nur politisch erfahren, sondern sie ließen sich auch das selbständige politische Denken nicht abgewöhnen, schon gar nicht, wenn es um ihre Sache ging.

War die KPD Ende 1918 im Feuer der abklingenden deutschen Novemberrevolution entstanden, von der ihre Gründer aber glaubten, ihr stehe ein neuer Aufschwung bevor, so befand sich Deutschland Ende 1928 keineswegs in einer revolutionären Situation, sondern noch immer in der Euphorie der Konjunktur der »goldenen zwanziger« Jahre. Wohl aber befand sich die KPD unter der Führung ihrer »Stalin-Fraktion« (so die eitle Prahlerei Thälmanns) mit Ernst Thälmann, Heinz Neumann und Hermann Remmele auf dem Weg zur Selbstzerstörung. Die als »Bolschewisierung« etikettierte Stalinisierung der Partei wurde bereits seit 1924 betrieben. Sie bedeutete die völlige Unterordnung der KPD erstens unter die Bedürfnisse des innersowjetischen Fraktionskampfes, den die Stalinfraktion gegen Trotzki, Sinowjew und Kamenew sowie alle weiteren Oppositionsgruppen führte, und zweitens unter die staatlichen, militärischen und geheimdienstlichen Bedürfnisse der opportunistischen sowjetischen Außenpolitik. Personalpolitisch bedeutete »Bolschewisierung« der KPD allerdings bereits unter der Führung von Arcady W. Maslow und Ruth Fischer die Herausdrängung der alten, erfahrenen Arbeiterfunktionäre des Spartakusbunds aus der KPD und ihre Ersetzung durch junge, aufstrebende, daher dem Apparat gefügte Funktionäre.

Die »Bolschewisierung« der KPD wurde ab 1928 in mehreren Richtungen forciert. Zum einen schloß ihre Führung (Ernst Thälmann, Heinz Neumann und Hermann Remmele) eine geheime Übereinkunft mit Stalin, dessen innerparteilichen Kampf gegen Bucharin zu unterstützen, nachdem die entscheidenden Oppositionellen Trotzki und Sinowjew bereits geschlagen waren. Vor allem aber befolgte diese KPD-Führung blindlings den »Linksschwenk« des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (17.7–1.9.1928) und isolierte die KPD von den Massen der organisierten Arbeiter. Sie orientierte nicht mehr auf Eroberung der Gewerkschaften, sondern auf die Gründung eigener. Sie unterschätzte sträflich die faschistische Gefahr und hielt die Sozialdemokraten (als »Sozialfaschisten« geschmäht) auch noch 1932 für die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie und eine schlimmere Gefahr als die NSDAP. Innerparteilich aber hieß »Bolschewisierung« das Ende jeder politischen Diskussion, wo die falsche Gewerkschaftspolitik die Partei lähmte, jeder innerparteilichen Demokratie, wo sie angesichts der Unsicherheit der in Intrigen und Fraktionen zerrissenen Führung notwendiger denn je war. Diese »Bolschewisierung« und ihr »Linkskurs« zerstörten das politische Leben in der Partei. Kritik und Widerspruch wurden nicht mehr geduldet, sondern terroristisch unterdrückt.

Der Zusammenschluß der gegen diesen Kurs opponierenden Kommunisten zu einer eigenen Partei war nicht freiwillig, es war eine Reaktion auf ihren Ausschluß aus der KPD. Heinrich Galm und Erich Hausen wurden 1928 direkt vom EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) ausgeschlossen, am 21. 12 1928 schloß das Politbüro der KPD die Genossen Jacob Walcher, Paul Frölich, August

Enderle, Max Köhler, Albert Schreiner, Hans Tittel, Alfred Schmidt und Karl Rehbein als »Rechte« aus der KPD aus und kündigte zugleich den Ausschluß »sämtlicher führender Elemente der Rechten an«, der in den nächsten Monaten mit Brachialgewalt durchgesetzt wurde. Brandler und Thalheimer, die gerade mit äußerster Mühe aus Moskauer »Ehrenexil« heimgekehrt waren, wurden noch nicht ausgeschlossen, sondern von der Kontrollkommission der Kommunistischen Internationale (KI) nach Moskau zum Verhör bestellt.

Der Furor beim Massenausschluß der zu »Rechten« oder »Brandlerianern« abgestempelten Gegner des Kurses des VI. Weltkongresses war jedoch nicht allein auf die sich zuspitzenden politischen Gegensätze zurückzuführen. Es war auch ein Rachefeldzug, denn die Leidenschaften hatten sich am Fall Wittorf entzündet. Thälmanns Schwager John Wittorf, der Leiter des Bezirkes Wasserkante der KPD, hatte Parteigelder unterschlagen, Thälmann hatte den Skandal vertuscht. »Der »Fall Wittorf«, schrieb Ossip K. Flechtheim, war »eine jener politischen »causes célèbres«, bei denen sich große Politik, Fraktionstreibereien und Kampf mit Korruption untrennbar vermischten«. Auf seiner Sitzung vom 26. September 1928 nahm das Zentralkomitee der KPD den von Hugo Eberlein und Erich Hausen initiierten Beschluß an: »Das ZK mißbilligt aufs schärfste die Geheimhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen der Partei durch den Genossen Thälmann als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler. Auf seinen eigenen Antrag wird diese Angelegenheit der Exekutive überwiesen; bis zu ihrer Erledigung ruhen die Funktionen des Genossen Thälmann.« Thälmann selbst stimmte für den Beschluß, seine Absetzung füllte am nächsten Tag die Spalten der Presse.

In diesem Zentralkomitee hatten die fraktionellen Gegner Thälmanns keineswegs die Mehrheit. Der Sieg war eine Überrumpelung, die nicht von Dauer war. Stalin ließ durch Remmele den Befehl überbringen, Thälmann dürfe nicht gestürzt werden, und das EKKI rehabilitierte Thälmann am 6. Oktober 1928. Das Zentralkomitee gab nun ein Musterbeispiel kommunistischer Würde und Standfestigkeit: Seine Mehrheit erklärte, das ZK sei von den »Rechten« und »Versöhnlern« »vergewaltigt« worden, und revidierte sich. Nun gingen Stalin, Thälmann und die »Linken« im ZK zum Gegenschlag über, das EKKI verlangte personelle Garantien, und die serienweisen Ausschlüsse begannen.

Zu Recht waren die Gründer der KPD (Opposition) davon überzeugt, mit der Neugründung die revolutionären Traditionen des Spartakusbundes und der KPD fortzuführen, verkörperten sie diese doch nicht nur politisch, sondern auch persönlich. Von den 74 Delegierten hatten 53 bereits der Vorkriegssozialdemokratie und 43 dem Spartakusbund angehört. Sie waren bisher erfahrene Funktionäre der KPD, hatten z. B. dem Zentralkomitee angehört (August Thalheimer 1919–1924, Paul Frölich 1919–1923, Heinrich Brandler 1919–1924, Jacob Walcher 1920–1924, Rosi Wolfstein 1920–1923, Heinrich Galm 1927–1928, Erich Hausen 1927–28) oder deren Bezirksleitungen (Galm in Hessen-Frankfurt, Hausen in Breslau), waren Redakteure zentraler oder regionaler Parteizeitungen (Otto Engert: Sächsische Arbeiterzeitung, Dagobert Lubinski: Freiheit Düsseldorf, Irmgard Rasch: Rote Fahne, Robert Siewert: Einheit) und vor allem: Zu ihnen gehörten die wenigen kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre in den allgemeinen Gewerkschaften.

Auf der ersten Reichskonferenz der KPD(O) waren die meisten Parteibeiräte der KPD durch Delegierte vertreten. Arbeitsfähige Ortsgruppen konnte sie vor allem dort schaffen, wo bereits der Spartakusbund und die Bremer Linksradikalen über eine gute Basis in der Arbeiterschaft verfügt hatten. Die KPD(O) hatte ihre wichtigsten Stützpunkte – wo oftmals ganze Ortsgruppen übertraten – in Offenbach, Stuttgart, Breslau, Dresden, Düsseldorf-Essen-Solingen, Jena, Chemnitz, Leipzig, Völklingen und Halle. Es blieben beträchtliche Regionen, wo sie nicht aktiv werden konnte; besonders schwach vertreten war sie in

ländlichen Gebieten mit geringer Industriearbeiterschaft. Die KPD (O) konnte sich bis 1933 organisatorisch nicht wirklich konsolidieren. Das lag am rücksichtslosen Fraktionskampf des stalinistischen Parteiapparates der KPD, der gegen die Opposition auch gewalttätig vorging. Das lag nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise an der zunehmenden Ungeduld der unzufriedenen Massen, die eher den Losungen jener Parteien folgten, die eine sofortige Erlösung versprachen. Und das lag nicht zuletzt auch am organisatorischen Selbstverständnis der KPD(O), die die KPD nicht ersetzen, sondern eine Richtung im internationalen Kommunismus sein wollte.

Die Leistungen der KPD(O) liegen in ihren politischen Analysen der beginnenden Krise und der kapitalistischen Krisenbewältigung. Die KPD (O) war zwischen 1929 und 1933 von allen in Deutschland wirkenden Arbeiterparteien diejenige, die am klarsten die faschistische Gefahr erkannte und eine richtige Strategie zu deren Bekämpfung ausarbeitete. Leider klafften die Klarheit ihrer politischen und theoretischen Analysen und die Kraft zur politischen und organisatorischen Mobilisierung der Arbeiter weit auseinander. Als sich der linke Flügel der SPD abgespaltete und 1931 die SAP gründete, sahen Jacob Walcher und andere KPD(O)-Funktionäre in der SAP die künftige Massenpartei der Arbeiter, die für den Kommunismus gewonnen werden könnte. Sie verließen die KPD(O), die damit organisatorisch stark geschwächt wurde.

Zum wichtigsten Sprachrohr der Opposition wurde die Zeitung »Gegen den Strom«, die von Thalheimer, Brandler, Walcher und Hausen herausgegeben wurde und deren Chefredakteur August Thalheimer war. Alle wichtigen Dokumente der KPD(O) wurden hier abgedruckt. Sie erschien seit November 1928 erst als Wochenzeitung, dann vierzehntägig, in der Illegalität nur noch unregelmäßig bis 1935. Die Tageszeitung Arbeiterpolitik erschien ab 1930 in Leipzig, dann in Berlin, ab 1932 bis zum Verbot 1933 als Wochenzeitung.

Der VSA-Verlag Hamburg hat innerhalb seiner Editionsreihe »Alternativen zum Stalinismus« Theodor Bergmanns 1987 erschienene Geschichte der KPD(O) revidiert und erweitert aufgelegt. Erheblich erweitert wurden die dem Band beigelegten Kurzbiographien, neu hinzugefügt ein Kapitel über die Tätigkeit der KPD(O)-Mitglieder nach 1945. Der Band ist das empirisch reichhaltigste Buch über die kurze Geschichte der Partei, bis hin zur Auflistung der Ortsgruppen, zur Besprechung der Naziprozesse gegen KPD(O)-Mitglieder und vor allem über die Opfer der Partei im antifaschistischen Kampf. Leider sind die Angaben, vor allem die biographischen, nicht immer zuverlässig, nicht zutreffend sind z. B. die Angaben über das vierte illegale Inlandskomitee (BK). Professionelle Quellenkunde und -kritik hat der Verfasser nicht betrieben. Ungeachtet dieser Kritik setzt Theodor Bergmann den Kämpfern der KPD(O) ein Denkmal. Er ruft ein politisches und wissenschaftliches Erbe des deutschen Kommunismus ins Gedächtnis, ohne dessen kritische Aneignung weder die jüngsten strategischen Niederlagen der Arbeiterklasse ausreichend begriffen noch die Perspektiven des Sozialismus in Deutschland produktiv entwickelt werden können.

Die entscheidenden Mängel des Buches sind theoretischer Natur: Es ist eine ausführliche und differenzierte Analyse und Darstellung des Wirkens der KPD(O) – vorgeblich von deren eigenem Standpunkt aus. Für ein solches Verbleiben in der Immanenz besteht keine wissenschaftliche Notwendigkeit; gerade die kritische Solidarität hätte erfordert, diesen Rahmen zu sprengen. Zwar ist Bergmann bereits aus Gründen der Darstellung gezwungen, alle in der politischen Tätigkeit dieser Partei wichtigen Probleme vorzustellen, aber er erarbeitet sich für deren Beurteilung keine eigene wissenschaftliche Basis. Um zu verstehen, welche Grundlagen, welche Funktionen und welche taktischen Momente herangezogene Analysen Thalheimers hatten, hätte der Verfasser die damalige und die spätere Literatur der anderen Richtungen sich kritisch aneignen müssen, von Trotzki über Bucharin bis zu Stalin, von der KPD-

Führung über Ruth Fischer bis zu Hugo Urbahns. Vor allem aber hätte er über die in Rede stehenden Sachverhalte die jeweils besten historischen und ökonomischen Analysen benutzen müssen. Ohne diese Urteilsgrundlage erreicht er nicht die Klarheit der Analysen Thalheimers, die er doch hätte kritisch beurteilen müssen. Das betrifft weniger die Probleme der Krisenanalyse der KPD(O) als die der Beurteilung der Sowjetunion und der Politik Stalins, des Trotzkismus und der Volksfrontpolitik.

**\* Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der KPD (Opposition). VSA-Verlag, Hamburg 2001, 622 Seiten 29,70 Euro**

[zurück home link](#)